

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

Wählen? Warum?

„Ich bin unpolitisch“ oder „Die Politiker machen sowieso was sie wollen“, sagen manche Leute. Und viel zu viele gehen auch nicht mehr wählen. Wir würden Nichtwählerinnen und Nichtwähler gerne überzeugen, dass wählen sehr sinnvoll sein kann.

Seite 2

Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft:

Gründung ohne Ambitionen

Jahrelang hat DIE LINKE. Druck gemacht. Nun soll es eine Wohnungsbaugesellschaft geben. Doch sie wird finanziell minimalistisch ausgestattet sein. Wir finden, die WoBau müsste mindestens so viel Startkapital haben, dass sie mit einer bemerkbaren Förderungs- und Bautätigkeit beginnen kann und nicht jahrelang Anlauf braucht, um ihre Aufgabe zu erfüllen - oder vielleicht gar zu scheitern??

Fortsetzung Seite 4 und 5

Im Hausunterricht abgehängt.
Wo sind die Computer für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen?

Seite 3

Links wirkt!

Die Abzockergebühren für Flüchtlingsunterkünfte sind vom Tisch: Kreistag beschloss gestaffelte Gebühren.

Seite 2

Corona- und das Ende?

Wer zahlt nach der Pandemie die Rechnung?

Seite 6

Die soziale Stimme im Kreistag!

Am 14. März 2021:
Wählen Sie DIE LINKE. in den Wetterauer Kreistag!

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau



Januar/Februar 2021

Wählen? Warum?

Zum Beispiel, um eine wirksame Opposition zu stärken! Es ist nicht gut, wenn im Kreistag oder im Stadtparlament nur Parteien vertreten sind, die sich kaum um Sozialpolitik kümmern. Die Mehrheit der Menschen braucht bezahlbare Mietwohnungen. Für die Mehrheit der Menschen sind öffentliche Einrichtungen wesentlich.

Krankenhäuser, Kindergärten oder Schulen dürfen nicht privatisiert werden. Alle müssen sich das leisten können!

Auch in der Umweltpolitik darf es nicht so weitergehen wie bisher. Statt noch mehr Autoverkehr braucht es einen verlässlichen und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, der in engem Takt fährt.

Ohne eine konsequente linke Politik wird sich die Situation zukünftig eher verschlechtern. Deshalb: Gehen Sie wählen! Und noch besser: Engagieren Sie sich!

Links wirkt!

Die Abzockergebühren sind vom Tisch

Wenn eine Familie mit drei Kindern für zwei einfach ausgestattete Zimmer in einer Flüchtlingsunterkunft 1437,58 Euro zahlen muss, ist das Wucher! Die Linksfraktion hat diese unsoziale Gebührensatzung scharf angegriffen und Änderungen verlangt. Nun hat der Kreistag eine neue Gebührensatzung beschlossen. Geht doch!

Wir sind mit der neuen Gebührensatzung noch nicht zufrieden. Aber die Abzockergebühren sind erst mal vom Tisch.

Ab 1. Januar 2021 gelten nun gestaffelte Gebühren in Wetterauer Flüchtlingsunterkünften. Hat eine alleinstehende Person Arbeit gefunden, werden monatlich 284 Euro erhoben. Für Familienmitglieder, die nicht arbeiten, wird jetzt weniger verlangt. Die oben genannte vierköpfige Familie zahlt dann 539 Euro statt 1437 Euro. Immer noch viel für eine Unterkunft einfachsten Standards - aber nicht völlig überzogen.

Wir haben den Wetteraukreis nun aufgefordert, die Gebührenbescheide zu-

rückzuziehen, die nach der alten Satzung und rückwirkend bis März 2019 ausgestellt wurden. Die Betroffenen sollen nämlich zum Teil Tausend oder gar mehrere Tausend Euro zahlen und manche haben schon Mahnbescheide erhalten. Außerdem ist noch folgende Frage zu klären:

Was passiert eigentlich mit der so genannten „Großen Pauschale“, die das Land Hessen den Kreisen für die Unterbringung Geflüchteter monatlich erstattet? Diese monatliche Pauschale beträgt im Wetteraukreis 940 Euro pro Person. Kostendeckend seien 284 Euro pro Person, argumentiert der Kreis. Irgendwas kann da nicht stimmen...

Folge 18:

flopcenter

Kein Computer für den Unterricht zuhause

Findet in Corona-Zeiten der Unterricht zuhause statt, wird ein Computer mit Internetzugang gebraucht. Familien mit geringem Einkommen haben Schwierigkeiten, das zu finanzieren. Das Jobcenter verweigert meist die Unterstützung. Auch das 500-Millionen-Euro-Sofortprogramm der Bundesregierung kommt im Wetteraukreis nicht bei den bedürftigen Schüler:innen an.

Im Hartz4-Regelsatz sind pro Kind 2,07 Euro „für Kauf und Reparatur von Festnetz- und Mobiltelefonen und anderen Kommunikationsmitteln“ enthalten. Für den Kauf eines Computers reicht das nicht.

Obwohl das Sozialgericht Gotha 2018 entschied, dass Computer zum Schulbedarf zählen, gibt es keine einheitliche Regelung. Das Jobcenter lehnt die meisten Anträge ab und argumentiert: Der Kauf eines Computers wird nur gewährt, wenn das zwingend notwendig ist und andernfalls

eine Benachteiligung entsteht. Die Notwendigkeit für einen Computer muss nachgewiesen werden. Und das Jobcenter muss sie anerkennen. Das endet oft in Absurdistan: Zum Beispiel erkennt das Sozialgericht Karlsruhe an, dass ein Kind einen internetfähigen Computer benötigt aber der Bedarf sei nicht als „laufend“ einzustufen. Im Klartext: Weil sich ein Hartz4-Empfänger nicht laufend (z.B. monatlich) einen Computer kauft, sondern lediglich einmal in fünf Jahren, wird der nicht bezahlt.

Die Bundesregierung hat zusätzlich zum DigitalPakt ein 500-Millionen-Sonderprogramm bereitgestellt. Es soll Schüler:innen, die zu Hause nicht auf digitale Endgeräte zugreifen können dennoch den Zugang sichern. Und wie wird das Programm umgesetzt?

Wetteraukreis ohne soziales Konzept

Im Wetteraukreis wurden die Mittel aus dem Sonderprogramm **nicht zielgerichtet** für den vorgesehenen Personenkreis eingesetzt. Sie wurden an die Schulen verteilt und zwar nicht nach der Zahl der bedürftigen Schüler:innen sondern nach der Zahl der Schüler:innen allgemein. Ein Gymnasium mit eher gutsituierter Klientel wurde also noch besser versorgt. Schulen, die eher Kinder aus Elternhäusern unterrichten, die weniger verdienen, oder gar soziale Hilfen benötigen, wurden nicht besonders berücksichtigt und ausgestattet.

Das ist ein Skandal!

Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft:

Gründung ohne Ambitionen

Pünktlich vor der Kommunalwahl 2021 soll also jetzt die Wohnungsbaugesellschaft kommen.

Viereinhalb Jahre wurde jeder Antrag der Linken zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf Kreisebene abgelehnt: „Geht uns nichts an“, „ist jemand anderes zuständig“, „ist zu teuer“, „zu sozialistisch“ oder „der Markt regelt’s“... So oder ähnlich wurde argumentiert.

Doch die Menschen haben zunehmend Probleme eine bezahlbare Wohnung zu finden, weil der private Wohnungsmarkt nämlich überhaupt nichts regelt.

Im Wahlkampf kann man sich nicht hinstellen und sagen: Eigentlich interessiert mich euer Problem gar nicht – ich hab nämlich ein Eigenheim. Man will ja gewählt werden.

So kommt jetzt Bewegung in die Sache. SPD und CDU haben im Kreistag einen

Antrag zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft eingebracht. Noch ist nichts beschlossen. Erst sollen sich die Ausschüsse damit befassen.

Keine undemokratische Geschäftsform !

Im Grundsatz begrüßt DIE LINKE die Gründung.

Immerhin beantragten wir seit 2015 eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft! Die Vorstellungen von SPD und CDU, wie diese Wohnungsbaugesellschaft aussehen soll, teilen wir jedoch nicht.

Erstens: Wir wollen keine GmbH als Geschäftsform.

Der demokratisch gewählte Kreistag hat keinen Einfluss auf eine GmbH.

Er könnte beispielsweise nicht verhindern, wenn der Zweck der GmbH verändert würde. Dass es dann vielleicht doch nicht um bezahlbare Wohnungen gehen soll, sondern lieber

teure Luxuswohnungen gebaut oder überhöhte Mieten verlangt werden.

Deshalb wollen wir nach wie vor einen Eigenbetrieb oder einen Zweckverband als Geschäftsform.

Keine minimalistische Kapitalausstattung!

Zweitens: Das Stammkapital der neuen Wohnungsbau-GmbH soll lediglich 51.000 Euro betragen. Im Falle, dass sich Gemeinden wirklich zu 49 Prozent beteiligen, kommen dann nochmal 49.000 Euro dazu. Auch die Stammeinlage des Kreises ist mit 2,1 Millionen Euro niedrig.

SPD und CDU sagen: Es ist ihnen bewusst, dass die Gesellschaft ihre laufenden Kosten nicht aus ihrem Geschäftsbetrieb heraus decken kann und Kapitalerhöhungen notwendig sein könnten. **Deshalb hat DIE LINKE in der Haushaltsdebatte den zehnfachen Betrag von 21 Millionen Euro gefordert.**

Eine solche Aufstockung der Stammeinlage kann der Wetteraukreis ohne Weiteres finanzieren.

Die Rücklage des Wetter-

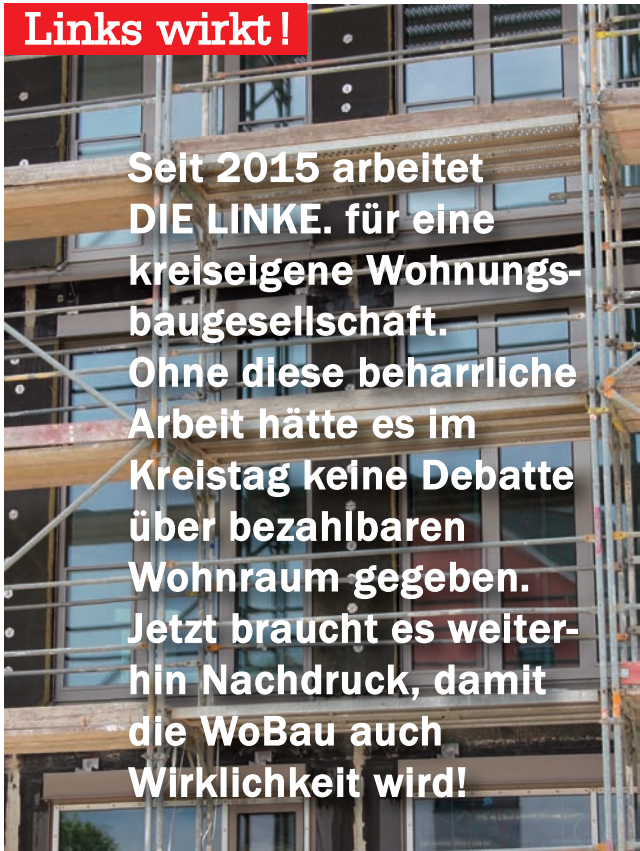
aukreises beträgt über 129 Millionen Euro, die man zur Schaffung von Werten einsetzen sollte statt überwiegend zur Schuldentilgung. **In den vergangenen fünf Jahren wurden Überschüsse in Höhe von rund 187 Millionen Euro erwirtschaftet. Aber die Wohnungsbaugesellschaft wird mit einer so niedrigen Kapitalausstattung gestartet, dass kein ausreichender Nachdruck für die notwendigen bezahl-**

baren Wohnungen entstehen kann.

Wir sehen in der Erhöhung der Stammeinlage ein Signal für die Kreditwürdigkeit der neuen WoBau und eine Grundlage für die Effektivität ihrer Arbeit.

Es ist keineswegs eine sozialistische Utopie, die Mittel für einen guten Start der neuen Wohnungsbaugesellschaft bereitzustellen. Es braucht den politischen Willen der Kreistagsfraktionen.

Links wirkt !



Seit 2015 arbeitet DIE LINKE. für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Ohne diese beharrliche Arbeit hätte es im Kreistag keine Debatte über bezahlbaren Wohnraum gegeben. Jetzt braucht es weiterhin Nachdruck, damit die WoBau auch Wirklichkeit wird!

Aktionsplan Inklusion

Es hat lange gedauert, bis ein Aktionsplan Inklusion für die Wetterau ausgearbeitet war. Doch der Kreistag hat den Aktionsplan noch nicht beschlossen. Das wird hoffentlich bald geschehen. Die Behindertenrechtskonvention der UN, deren Umsetzung mit diesem Aktionsplan nun angegangen werden soll, wurde schon am 13. Dezember 2006 von der Generalversammlung der UN (Vereinten Nationen) verabschiedet und am 30. März 2007 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert.

Wenn also der Aktionsplan demnächst im Kreistag beschlossen wird, sollten die darin enthaltenen Maßnahmen entschlossen und ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE. beantragt, eine ganze Stelle einzurichten für eine:n Inklusionsbeauftragte:n.

Atomwaffen sind verboten

Am 22. Januar 2021 wird der UN-Atomwaffenverbotvertrag zu internationalem Völkerrecht. Für alle beigetretenen Staaten ist dann die Herstellung, Weitergabe, Stationierung sowie der Einsatz von Atomwaffen verboten. 86 Staaten haben den Vertrag bereits unterzeichnet, 51 haben ihn ratifiziert. Diese Staaten sagen nun „Stopp“ zur nuklearen Aufrüstung. Das wird in den kommenden Jahren tiefgreifende Auswirkungen haben. Wie bei Streumunition und Landminen werden Atomwaffen zukünftig geächtet werden. Der Druck auf die Atommächte wird wachsen. Ein beachtliches Ergebnis der internationalen Friedensbewegung!

Corona - und das Ende ?

Krisengewinner zur Kasse bitten!

Die Wirtschaft stürzt ab, die Arbeitslosenzahlen explodieren. Armut und Ungleichheit nehmen zu. Es muss geklärt werden, wer nach Corona die Rechnung zahlt.

Viele Menschen kämpfen derzeit um ihre Existenz. Die Armut wächst und betrifft inzwischen ein Fünftel der Bevölkerung. Gleichzeitig explodierten die Vermögen deutscher Milliardäre um fast 20 Prozent - von 400 auf knapp 500 Milliarden Euro. Diese Corona-Party ist nicht das Ergebnis von Leistung sondern von Besitz. Jetzt müssen die Krisengewinner zur Kasse gebeten werden!! Es muss geklärt werden, wer nach Corona die Rechnung zahlt. Es darf nicht

sein, dass die Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und normalen Einkommen geschöpft werden.

Eine Vermögensabgabe für Superreiche ist überfällig! Vor allem muss den größten Krisengewinnern, wie Amazon & Co. ein Solidarbeitrag abverlangt werden. Warum schont die Bundesregierung die großen Vermögen und Steuerbetreiber? Warum will Spahn die Krankenkassenbeiträge erhöhen? Im Herbst sind Bundestagswahlen: Es wird Zeit für eine antikapitalistische Politik!



1 Leopardpanzer II = 48 Sozialwohnungen à 95m²

Wählen Sie eine soziale Stimme in den Kreistag!

Am 14. März 2021 sind Kommunalwahlen. Sorgen Sie für eine wirksame Opposition im Kreistag.



Auf der linken Liste für den Wetterauer Kreistag kandidieren 37 Personen.

Fast die Hälfte der Kandidat:innen ist unter 35 Jahre alt. Die Hälfte sind Frauen. Das Wahlprogramm können Sie bestellen unter: info@die-linke-wetterau.de.

Soziales. Klima. Gerechtigkeit.

Über die bisherige Arbeit der linken Kreistagsfraktion können Sie sich hier informieren:

www.die-linke-wetterau.de



Die vier Spitzenkandidat:innen für den Kreistag: Anja ElFechtali (Listenplatz 3), Gabi Faulhaber (Listenplatz 1), Alexander Klietz (Listenplatz 4) und Malin Potengowski (Listenplatz 2).

Auch in diesen fünf Städten können Sie DIE LINKE. wählen: Friedberg, Butzbach, Nidda, Niddatal und Karben.
Ortsbeiräte: Kernstadt Friedberg, Kernstadt Nidda und Pohl-Göns.

14.03.2021 de yerel seçimleri olacak. Tüm avrupa birli i vatanda ları da katılabilirler. Bunun için belediye size oy kullanma kartı yollayacak. Bu kart ile sizde seçimlere katılıp oylarınızı verebilirsiniz. Bu hakkınıza sahip çıkın.

Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagas-
se 23, Friedberg, (Foto)
können Sie jeden Montag
von 14 bis 16 Uhr und je-
den Donnerstag von 16 bis
18 Uhr mit der Fraktion der
Linken im Kreistag spre-
chen.



Wenn Sie Probleme mit
dem Jobcenter oder So-
zialamt haben, steht Ihnen
die „Linke Hartz4-Hilfe
Wetterau“ ebenfalls mon-
tags von 14 bis 16 Uhr und
donnerstags von 16 bis 18
Uhr mit Rat und Tat zur
Seite (werktags). In Co-
rona-Zeiten können Sie in
dieser Zeit auch anrufen:
06031 1695707.

Arbeitsbericht der Fraktion DIE LINKE./Piraten im Kreistag

59 Anträge und 38 An-
fragen hat die Links-
fraktion in der vergan-
genen Wahlperiode im
Kreistag gestellt - mehr
als alle anderen Frak-
tionen. Eine Übersicht
zur Tätigkeit der Links-
fraktion gibt ein Ar-
beitsbericht, der Inte-
ressierten gerne zuge-
schickt wird.

Zudem berichtet die
Fraktion nach jeder
Kreistagssitzung mit

ihrer „Aktuelle Post aus dem Kreistag“ über die Debatte.
Die Arbeit in Parlamenten sollte transparent sein. Dies
versuchen wir mit unserer Berichterstattung. Interessiert?
Dann melden Sie sich für diesen Newsletter an.



So erreichen Sie

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi
Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, [www.die-linke-
wetterau.de](http://www.die-linke-
wetterau.de), [info@die-linke-
wetterau.de](mailto:info@die-linke-
wetterau.de)

O Ich möchte Informationen über DIE LINKE.

Mich interessiert besonders das Thema:

O Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.

Name: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

e-mail: _____